

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postzeitung einschließlich zweifach, den Montag ausgenommen. Umfange: sechsundzwanzig (Morgen- und Abendblatt vereinigt) Blätter mit illustrierten Beilagen. „Zeitbilder“ Sonntags Beilagen: „Menschenblatt“ — „Recht und Leben“ — „Umschau in Technik und Wirtschaft“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Litterarische Umschau“.

Wochentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anzahlung der Beiträge im Voraus kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ulsteinsche Buchdruckerei Georg Baranah, Verantw. Redakteur (im. Ann. Handelt.) v. Dr. Graf Montgelas, Bes. u. Verw. Manusk. ver. u. str. druckg., v. Porto bei

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Rodstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulsteinsche, Am Dönhofs 8000-3963, für den Fernverkehr Am Dönhofs 8986-3200. Telegramm-Adress: Ulsteinsche Berlin Postfachkonto Berlin 60.

Marg proklamiert.

Ver spätäter Vorschlag einer Einheitskandidatur Simons.

In einer gemeinsamen Besprechung der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten ist gestern in der 7. Abendstunde im Reichstag der Reichstangler a. D. Marg zum Sammelkandidaten des verfassungsgemäßen Volksblocks für die Reichspräsidentenwahl am 26. April proklamiert worden.

Offiziell wurde dazu folgende Mitteilung abgegeben: „Nachdem den Beauftragten der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei fanden gestern Abend im Reichstag in Anwesenheit des Reichstanglers a. D. Marg erneute Verhandlungen statt. Nach einem gründlichen Gedankenaustausch und einer umfassenden Programmberatung des Herrn Marg beschloßen sie einstimmig — die deutsch-demokratischen Vertreter unseres Volkstums — die Zustimmung ihres Parteiauswahls, der am Sonntag zukunftssteht — Herrn Reichstangler a. D. Wilhelm Marg zur Wahl als Reichspräsidenten vorzuschlagen.“

Da auch die ablehnende Komitierung des Dr. Jarres durch den Selbst-Vorschlag erzwungen wird, kann bereits als feststehend gelten, daß sich der Wahlkampf am 26. April abspielen wird zwischen Marg als Kandidaten des Volksblocks und Jarres als Kandidaten des Reichsblocks.

Es hat aber gehen ein Zwischenstadium gegeben, das politisch viel beachtet werden muß. Es ist nämlich — aber sehr ver spätet — der Gedanke einer Einheitskandidatur des gegenwärtigen selbstverordneten Reichspräsidenten Dr. Simons zur Disposition gestellt worden, und zwar durch niemand Geringeres als den Reichstangler Dr. Zuther, der auf Anregung der Vorpfeiler Volkspartei handelte.

Der Reichstangler hatte mittags zunächst die Vertreter der Regierungsparteien empfangen und ihnen vorgeschlagen, zur Vermeidung eines Wahlkampfes sich mit einer Einheitskandidatur einzusetzen zu erklären, die von sämtlichen Parteien aufgestellt werden sollte. Wie solchen Einheitskandidaten schlug er Dr. Simons vor. Nach der empfangenen Reichstangler noch die Führer der anderen Fraktionen und unterbreitete ihnen den gleichen Vorschlag.

Vom demokratischen Standpunkte aus hätte man eine solche Lösung unmittelbar nach dem 26. März sicherlich schon begrüßt; denn man erinnert sich, daß die Demokratische Partei selbst vor dem

ersten Wahltag gerade zur Vermeidung eines alle politischen Gegenseite wider aufzuhebenden Wahlkampfes den anderen Vorschlag die Einheitskandidatur des Reichspräsidenten Dr. Simons in Antrag gebracht hat. Der demokratische Vorschlag ist damals abgelehnt worden. Nichts hätte trotzdem geändert, daß unmittelbar nach dem 26. März die Einheitskandidatur Dr. Simons mit größter Aussicht auf Erfolg propagiert worden wäre — aber nie die Dinge heute liegen, konnten die republikanischen Parteien keine andere Erklärung abgeben, als daß die Möglichkeit für eine solche Einheitskandidatur nicht mehr gegeben sei.

Es wurde die Anregung des Reichstanglers zur Kenntnis genommen, und die Vorschläge bzw. Ausdrücke der einzelnen Parteien traten am Nachmittag zu kurzen Beratungen zusammen. Dabei wurde im Zentrum festgestellt, daß man von der Kandidatur Marg nicht mehr abgehen könne. Der sozialdemokratische Ausschluß erklärte, daß er, nachdem durch die Wahl Jarres zum Ministerpräsidenten die Voraussetzung dafür geschaffen sei, ebenfalls für die Sammelkandidatur Marg eintreten müsse.

Auf der anderen Seite haben die Vertreter der Reichsparteien, vor allem die Deutsche Volkspartei, darauf hingewiesen, daß sie sich gegen die neuerliche Kandidatur Dr. Jarres festgesetzt haben. Es war somit schon am Nachmittag klar, daß der Vorschlag des Reichstanglers, der sicherlich ohne Bewußtsein des selbstverordneten Reichspräsidenten den Parteien gemacht worden ist, zu spät erfolgt ist.

In einer neuerlichen Besprechung der Führer sämtlicher Parteien beim Reichstangler in der fünften Nachmittagsstunde wurden dementsprechende Erklärungen abgegeben, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind.

*

In den Mitteilungen über die Konferenzen beim Reichstangler Dr. Zuther wird uns noch mitgeteilt: Der Vorschlag, der sich auf den selbstverordneten Reichspräsidenten Dr. Simons bezog, wurde in erster Linie in der Form gemacht, daß eine Wahl durch das Volk überhaupt nicht stattfinden, sondern auf Grund eines verfassungsgemäßen Zeitgesetzes der Reichspräsident von allen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten, ernannt werden sollte. Für den Fall, daß dieses Verfahren von den Fraktionen abgelehnt werden würde, sollten sich alle Parteien einigsetztlich für die Sozialdemokraten auf eine Sammelkandidatur Dr. Simons einigen.“

Der Volksblock.

Die Demokratische Partei hat bei Beginn der Wahlkampagne für die Reichspräsidentenwahl sich mit entschiedenem Eifer beteiligt, diese Partei ist eine wirklich überparteiliche Kandidatur herbeiführend. Wie richtig dieser Gedanke ist, zeigt der geführte Bericht des Reichstanglers Zuther, entsprechend der damaligen Anregung der Demokraten, eine Einigung auf Dr. Simons herbeiführen. Was damals möglich war, kam jetzt zu spät. Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, die Wahl für die Wahl von Wilhelm Marg möglich zu gestalten.

Das muß besonders stark hervorgehoben werden, angesichts der Zusammengehörigkeit der im sogenannten „Reichsblock“ zusammengeschlossenen Parteien, die sich vergeblich bemüht haben, ihrer Kandidatur einen „überparteilichen“ Charakter zu geben. Für den obigen Vorschlag gibt es einen untrüglichen Maßstab der Überparteilichkeit. Man braucht nur zu fragen, ob die Kandidatur Jarres daraus eingestrichelt worden, alle Volksteile zu erfüllen, oder ob sie einen ausgeprägten Kampfbegriff gegen den Sozialismus in jeglicher Form enthält. Wenn es bei dem Umpfern dieser Kandidatur noch einen Zweifel hätte geben können, so hätte der Verlauf des Wahlkampfes diese Zweifel beseitigt. Der Reichsblock ist ein Volksblock, und kein Sammelwerk ertrinkt sich auf alle Kreise, die aus irgendwelchen Gründen den heutigen Staat befehlen. Die große Seite der Bevölkerung in die Staatsverwaltung zurückzuführen wollen, um so die Massenherdschaft wieder aufzurufen, die Deutschland ins Unglück geführt hat. Wäre das Zentrum bereit gewesen, sich alle Kreise und alle Fronten einzufügen, so hätte es jede Forderung stellen können und jeder Zentrumspartei, der sich als Kandidat für die Reichsparteien hergeben hätte, wäre Herrn Jarres wohl vorgezogen worden. Es verdient Anerkennung, daß das Zentrum gegen alle Kodungen fest blieb.

Wie wählen uns frei von einer einseitigen Vorteile für die Sozialdemokraten. Wir haben den Kampf gegen sie nicht genug geführt und werden ihn auch weiter führen. Wir unterschätzen auch nicht die tiefen und bleibenden Gegensätze, die zwischen Demokratie und Zentrum bestehen. Auch diese Gegensätze dürfen nicht vernachlässigt werden. Es werden ausgetrieben werden bei jeder Gelegenheit, die dem Zentrum zutrifft. Aber diese Unterschiede, die wir gerade jetzt scharf betonen, um dem Zentrum entgegenzutreten, als bedeute ein gemeinsames Auftreten bei der Wahl des Reichspräsidenten einen Sieg über den Fragen der Volksgemeinschaft, müssen zurücktreten für die sozialpolitischen Interessen, die dem Kampfblock der Reichsparteien einen Sieg über den Volksblock entgegenzusetzen.

Warum Volksblock? Weil es gilt, das größte Übel, das uns droht, abzuwenden: die Auseinanderbrechung der Nation in zwei große Heiligtümer, werden in jeder näher Zeit gegen die zweite, die jetzt noch am stärksten mit uns zusammenhängt, die Partei der Sozialdemokraten aus der Zivilverwaltung glänzend gewährt, den politischen Tendenzen entgegenwirken, die sich hier zeigen und für den Kampf gegen sie die besten Mittel zu finden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die politische Situation auf sich genommen werden. Wir sind jetzt nicht, das ist in Wirklichkeit die einzig mögliche Lösung der Politik wird mehr durch die Deutschnationalen gefördert ist als durch die Sozialdemokraten, die schon um der Arbeiterinteressen willen die Arbeitslosigkeit der Exportindustrie entgegenzusetzen.

Wie weit der Parteifaschismus auf der Seite des Jarres-Volksblock geht, ergibt sich aus dem traurigsten Bemühen der Reichspresse, die Sozialdemokratie doch noch von dem Reichstag auf eine eigene Kandidatur abzuhalten. Jede Neuerung eines sozialistischen Vorkaufs, das den Parteifaschismus entgegenzusetzen. Führer Kreise von Substanz und Wandel haben die Ausgestaltung der Sozialdemokratie betrieben, weil sie glaubten, eine Wirtschaftspolitik, die den veränderten Verhältnissen entspricht, nur im Kampf gegen die sozialistischen Tendenzen durchzuführen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die politische Situation auf sich genommen werden. Wir sind jetzt nicht, das ist in Wirklichkeit die einzig mögliche Lösung der Politik wird mehr durch die Deutschnationalen gefördert ist als durch die Sozialdemokraten, die schon um der Arbeiterinteressen willen die Arbeitslosigkeit der Exportindustrie entgegenzusetzen.

Die zweite, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, sehen sich zurück nach der Zeit, wo es als fastherstehende Politik galt, die jeweiligen Gegner als „Reichsblock“ zu bezeichnen. Was von dieser Meinung liegt, ist ein Beweis für die Bescheidenheit der Reichsparteien, die sich als „Reichsblock“, „Das Reich“, das sind nach einer Selbstempfindung, die von der Weltgeschichte getrieben ist, die Privilegien, die durch Geburt oder Reichtum erworben sind, diese Rechte werden nicht mehr als „Reichsblock“ bezeichnet, und in Wahrheit geht auch der

Kabinettskrise in Frankreich.

Herriot stellt die Vertrauensfrage

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 3. April.

In der Nachmittagsitzung der Kammer erklärte Herriot, der Ministerrat sei anders in keiner Weise die Finanzpolitik der Regierung. Das Kabinett werde bei der Kammer in der nächsten Woche Maßnahmen beantragen, welche die Finanzierung der Finanzen und die Beteiligung der Regierung bei der Wahrung der vollen politischen Unabhängigkeit Frankreichs ermöglichen werden.

Herriot verlangte dann unter Stellung der Vertrauensfrage, daß die angebotenen Interpellationen ohne Diskussion des Datums verlegt werden. Die Kammer beschloß mit 350 gegen 28 Stimmen die von Herriot verlangte Verlegung.

Dieses Abstimmungsresultat ist natürlich nicht als ein normales Vertrauensvotum für das Kabinett anzusehen. Es entspricht dem parlamentarischen Brauch, einem solchen umgebenen Kabinett eine Frist zu lassen.

Der frühere Kriegsminister Maginot hatte die Verlegung der Interpellationen bis Dienstag vorgeschlagen. Dieser Vorschlag war von Herriot unter förmlichem Befehl der Stufen abgelehnt worden.

besandte der Kammer für das erstinstimmige Vertrauensvotum, bei welchem die Opposition es wohlwollend nicht auf eine Zahlung der Stimmen habe ankommen lassen. (Stimmliche Befall links.)

Maginot wird begreifen, aus dem Abstimmungsresultat dürfte nicht geschlossen werden, daß die Minister jetzt zum Kabinett Herriot Bestehen haben.

Die Kammer beschloß dann, sich bis Dienstag zu versetzen.

Der neue Finanzminister.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 3. April.

Ueber den heutigen Ministerwechsel wurde nachmittags in Comunique ausgegeben, in dem es heißt:

„Der Ministerpräsident Herriot hat dem Präsidenten der Republik den Finanzminister de Monzie vorgeschlagen. Der Ministerpräsident erklärte die Grundzüge, nach denen das Gesamtpolitik über die finanzielle Finanzierung ausgearbeitet werden soll. Dies Projekt wird zu Beginn der kommenden Woche dem Parlament unterbreitet werden.“

Der „Empire“ will wissen, daß die Regierung eine Kapitalsteuer in Höhe von 10 v. H. zahlbar innerhalb von 10 Jahren, mit Vergünstigungen der sofortigen Zahlung beantragen will. Die Frage der Besteuerung beim Erhalten soll nach dem „Empire“ durch Ernennung eines Geschäftsträgers geregelt werden.